

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

20.02.2023

Inhalt

EWN

1 | **Von wegen Atomausstieg**

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 19.02.2023 3

 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung | 19.02.2023 | S. 22

 Auflage: 220.191 | Reichweite: 740.000

 Marcus Theurer

Von wegen Atomausstieg

Hierzulande werden die letzten Kernkraftwerke abgeschaltet. In Schweden ist der deutsche Staat neuerdings an drei Atomanlagen beteiligt. An Ausstieg denkt dort keiner.

Hoch oben im Norden Europas verdient ein Atomkraftwerk gutes Geld für seine Eigentümer. Oskarshamn 3 heißt die Anlage in der gleichnamigen schwedischen Kleinstadt an der Ostseeküste, rund 340 Kilometer südlich von Stockholm. Der Betrieb von Atomkraftwerken ist in Zeiten hoher Strompreise in der Regel ein einträgliches Geschäft. Denn wenn sie einmal gebaut sind, sind die Betriebskosten vergleichsweise niedrig und die Gewinne entsprechend hoch.

Oskarshamn ist nur eines von mehreren Dutzend Atomkraftwerken, die in Europa in Betrieb sind. Und doch ist es ein besonderer Fall. Ein Teil der Gewinne, die hier in der schwedischen Provinz erwirtschaftet werden, fließt nämlich an einen Staat, der mit Atomkraft eigentlich nichts mehr zu tun haben will: an die Bundesrepublik Deutschland. Denn Mehrheitsgesellschafter von Oskarshamn 3 ist der von der Erdgaskrise schwer gebeutelte Düsseldorfer Energiekonzern Uniper - und der musste Ende vergangenen Jahres verstaatlicht werden, um ihn vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Das führt zu einer merkwürdigen Situation. In Deutschland sollen in wenigen Wochen die drei letzten Atomkraftwerke stillgelegt werden, was angesichts der weiterhin wackligen Energieversorgung durch den russischen Erdgaslieferstopp politisch hoch umstritten ist. Und während der deutsche Staat daheim den Atomausstieg vollenden will, ist er via Uniper ein großer Erzeuger von Atomstrom in Schweden geworden.

Außer an dem Reaktor in Oskarshamn hält Uniper auch Minderheitsanteile an den schwedischen Atommeilern Forsmark und Ringhals, den beiden weiteren noch in Betrieb befindlichen Atomkraftwerken, die es in dem skandinavischen Land gibt. Zusammen kommen sie auf eine Leistung von 6,9 Gigawatt. Zum Vergleich: Die drei letzten deutschen AKWs Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 kommen zusammen auf eine Leistung von 4,3 Gigawatt. Sie sollen nach dem Willen der Bundesregierung am 15. April endgültig abge-

schaltet werden. Darauf haben sich SPD, Grüne und FDP im vergangenen Jahr nach monatelangem Streit verständigt.

In Schweden arbeitet derweil der deutsche Staatskonzern Uniper auch an der Atomzukunft mit. Das Unternehmen ist an einem Gemeinschaftsunternehmen beteiligt, das auf die Entwicklung neuartiger Klein-Atomkraftwerke, sogenannter Small Modular Reactors (SMR), abzielt. "Die SMR-Technologie hat für Uniper eine hohe Priorität", heißt es auf einer Website des Unternehmens. Laut Uniper soll dafür in Oskarshamn eine von der Regierung in Stockholm geförderte Forschungsanlage gebaut werden. Dabei handle es sich "um eine elektrische nicht-nukleare Testanlage", sagt ein Sprecher.

Schweden, das eigentlich ähnlich wie Deutschland aus der Atomkraft aussteigen wollte, setzt inzwischen wieder auf diese Stromquelle. Regierungschef Ulf Kristersson hat angekündigt, gesetzlich den Weg für den Bau neuer Atomkraftwerke freizumachen.

Uniper will zwar selbst keine neuen Atomkraftwerke bauen, aber an den bestehenden festhalten. "Die schwedischen Kraftwerke, einschließlich der Kernkraftwerke, sind wichtiger Bestandteil unserer CO2-freien Erzeugung und stehen nicht zum Verkauf", teilt das Unternehmen auf F.A.S.-Anfrage mit. Kaufinteressenten für die schwedischen Atomkraftbeteiligungen dürfte es durchaus geben, sagen Branchenfachleute. Und der Wert der Kraftwerke dürfte noch steigen, wenn das Atomzeitalter in Schweden tatsächlich verlängert wird.

Andererseits allerdings kann Uniper das Geld, das der skandinavische Atomstrom in die Konzernkasse spült, gut gebrauchen, um die noch immer horrenden Verluste aus dem Erdgashandel, dem Kerngeschäft von Uniper, zumindest ein wenig zu verringern. Insgesamt rechnet der Krisenkonzern für 2022 mit einem Verlust von 19 Milliarden Euro. Um den Kollaps des größten deutschen Erdgasimporteurs zu verhindern, hat die

Bundesregierung Kapitalspritzen und Kredite in Höhe von 51 Milliarden Euro mobilisiert.

Die betriebswirtschaftliche Sicht ist das Eine. Politisch aber ist das Festhalten an den schwedischen Atomkraftwerken durchaus brisant, eben weil es so gar nicht zum deutschen Atomausstieg passt. Und in der EU setzt sich Deutschland in diesen Wochen vehement dafür ein, dass aus Atomstrom erzeugter Wasserstoff nicht als klimafreundlich anerkannt wird.

Wie lassen sich Deutschlands schwedische Atomkraftwerke mit dem Atomausstieg im Inland vereinbaren? Die Antworten der Regierung dazu fallen maximal einseitig aus. Das Ministerium des grünen Wirtschafts- und Energieministers Robert Habeck und das Umweltministerium von Steffi Lemke (ebenfalls Grüne) erklären sich für nicht zuständig. Sie verweisen auf das Finanzministerium des Liberalen Christian Lindner. Dieses wiederum antwortet ausweichend.

Klare Aussagen kommen dagegen, wenig überra-

schend, von der Opposition: Der Energiepolitiker Andreas Jung von der CDU spricht von einem "offensichtlichen Widerspruch", wenn die Regierung in Deutschland trotz Energiekrise Atomkraftwerke abschalte und zugleich in Schweden weiterhin Eigentümer von Nuklearanlagen sei. "Es kann nicht sein, dass der deutsche Staat als Akteur auf ausländischen Energiemärkten auftritt. Die Bundesregierung muss darlegen, wie schnellstmöglich der Ausstieg erfolgen soll."

Auch bei den Grünen gibt es Kritik. Da ist zum Beispiel der Ökoveteran Jürgen Trittin, der jahrzehntlang für den Atomausstieg gekämpft hat. "Die Übernahme von Uniper durch den deutschen Steuerzahler muss sich auch in der Geschäftspolitik widerspiegeln", sagte Trittin der F.A.S. Dass sich der deutsche Staatskonzern in Schweden an der Entwicklung von SMR-Kernkraftwerken beteiligt, ärgert ihn: "Ein Land wie Deutschland, das konsequent aus der Atomkraft aussteigt, kann nicht durch die Hintertür weiter an Atomkraftwerken arbeiten."